



PRESSEMITTEILUNG

Nr.
12.10.2009

HSH Nordbank: Bonuszahlungen durch die Hintertür

Zu den Pressemeldungen, wonach der Aufsichtsratsvorsitzende der HSH Nordbank AG, Hilmar Kopper, dem Aufsichtsrat in einer der nächsten Sitzungen ein neues Vergütungsmodell vorlegen wolle, demzufolge die Vorstände der Bank Ansprüche auf Bonuszahlungen "ansparen" können, die bei Eintritt der Dividendenfähigkeit ausgezahlt werden sollen, sagt die finanzpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold**:

Der geplante Vorschlag des Aufsichtsratsvorsitzenden ist ein durchsichtiger Versuch, trotz negativer Jahresabschlüsse den Vorständen der HSH Nordbank weitere Pfründe zukommen zu lassen. Die Landesregierung muss dieses sofort stoppen. Das neue Vergütungsmodell widerspricht dem erklärten Willen des Parlaments eklatant.

Der Landtag hat mehrfach – zuletzt in der Sitzung des Finanzausschusses vom 10. September 2009 auf Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen – beschlossen, dass die Gesamtvergütung der Vorstände der HSH Nordbank einschließlich aller Prämien auf die Gesamtsumme von 500.000,- Euro zu begrenzen ist, solange die Dividendenfähigkeit der HSH Nordbank nicht gegeben ist.

Wenn die Vorstände der mit öffentlichen Mitteln geretteten HSH Nordbank nunmehr – zusätzlich zu ihrem Festgehalt von 500.000,- Euro – auch noch Ansprüche auf Bonuszahlungen "ansparen" können, die bei Eintritt der Dividendenfähigkeit ausgezahlt werden, dann steht das neue Vergütungsmodell im Widerspruch zum erklärten Willen des Landtages.

Finanzminister Wiegard hat in der Finanzausschusssitzung vom 03. September 2009 erklärt, dass sich die Vergütung der Vorstände der HSH Nordbank an die Vorgaben des Landtages halten werde. Er muss jetzt zeigen, ob sein Wort auch noch nach der Landtagswahl gilt. Wir fordern die Landesregierung nochmals auf, dafür Sorge zu tragen, dass das zukünftige Vergütungsmodell für die Vorstände der HSH Nordbank nicht gegen die Landtagsresolutionen verstößt. Die Gesamtvergütung der Vorstände ist auf maximal 500.000,- Euro zu begrenzen. Bonusanwartschaften darf es nicht geben.

Kontakt

Monika Heinold (<http://www.sh.gruene-fraktion.de/cms/fraktion/dok/39/39873@de.html>)